

# Ungewollte Schwangerschaft verhindern

Unterschriftensammlung macht auf die prekäre Situation von Hartz IV-Empfängerinnen aufmerksam

NEUWIED. Es ist ein Problem, das den Beraterinnen der Schwangerenberatungsstellen Frauenwürde und des Diakonischen Werks im Kirchenkreis Wied immer wieder begegnet: Frauen kommen mit einer ungewollten Schwangerschaft zu den Beraterinnen, weil durch ein geringes Einkommen oder den Bezug von Hartz IV das Geld für Verhütungsmittel nicht reicht. „Das sind 11 Prozent der Frauen, die zu uns kommen“, nennt Beatrix Liesenfeld von Frauenwürde Neuwied Zahlen. Um auf diese Situation aufmerksam zu machen, sammelten sie Unterschriften vor der Arge und auf dem Luisenplatz. Mehr als 300 Männer und Frauen trugen sich in die Listen ein oder beteiligten sich mit ausgeteilten Postkarten an der Aktion. Jetzt konnten Beatrix Liesenfeld und Renate Schäning vom Diakonischen Werk Neuwied diese Unterschriften an die Bundestagsabgeordnete



**Über 300 Unterschriften sammelten die Schwangerenberatungsstellen im Kreis, um auf die Situation von Frauen mit geringem Einkommen aufmerksam zu machen. Bundestagsabgeordnete Sabine Bätzing will die Listen und Postkarten bei der nächsten Fraktionssitzung an den Minister für Arbeit und Soziales, Franz Müntefering, übergeben. ■ Foto: Andrea Fehr**

te Sabine Bätzing übergeben. „Es sind nicht die jungen Frauen, die mit diesem Problem zu uns kommen“, beschreibt Renate Schäning die Situation. „Es sind Frauen, die schon seit Jahren verheiratet

sind und teilweise schon mehrere Kinder haben, aber durch Hartz IV Probleme haben, über die Runden zu kommen.“ Wenn das Geld an allen Ecken und Enden fehlt, sind Pille, Spirale oder Kondom oft

unerschwinglich. „Im Gegensatz zu früheren Regelungen der Sozialhilfe müssen Verhütungsmittel jetzt von den Frauen selbst bezahlt werden.“ Die Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch oder die Ausstattung für das Neugeborene werden dagegen von der Arge übernommen. Seit Jahren machen sich die Beraterinnen für eine Änderung der Gesetzeslage in diesem Punkt stark. Bisher blieben ihre Bemühungen ohne Erfolg.

Die Bundestagsabgeordnete Sabine Bätzing verspricht den Vertreterinnen der Beratungsstellen, die Unterschriften an den Minister für Arbeit und Soziales, Franz Müntefering weiterzureichen. Darüber hinaus will sie sich in Gesprächen mit Familienministerin Ursula von der Leyen und Gesundheitsministerin Ulla Schmidt für eine Reform des Hartz IV-Gesetzes in diesem Punkt stark machen.

**Andrea Fehr**